

Agrarministerkonferenz politisch wichtig - Wissing gegen Willkür im Pflanzenschutz

Das politische Gewicht der Agrarministerkonferenz (AMK) hat der rheinland-pfälzische Landwirtschaftsminister Dr. Volker Wissing betont. Die AMK könne wesentlich zur Durchsetzung einer modernen, wissenschaftsbasierten und zugleich praxisbezogenen Pflanzenschutzpolitik beitragen und auf diese Weise sicherstellen, dass „Willkür keinen Platz in der Pflanzenmittelzulassung“ habe, so der FDP-Politiker im Interview zur Frühjahrskonferenz der Länderminister in Landau. Bei der Reform der Grundsteuer müssten die Besonderheiten der Landwirtschaft berücksichtigt werden. Wichtige Beschlüsse werde es auch zur EU-Agrarpolitik nach 2020 geben.
Länderberichte 33

EU-Agrarpolitiker für Kappung bei 100 000 Euro und mehr Marktsicherung

Der Landwirtschaftsausschuss des EU-Parlaments hat sich im Hinblick auf die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020 für eine Obergrenze der Direktzahlungen von 100 000 Euro je Betrieb und Jahr ausgesprochen. Dabei sollen aber unter anderem die Lohnzahlungen angerechnet werden. Ferner plädieren die EU-Agrarpolitiker dafür, dass jeder Mitgliedstaat Eco-Schemes für mindestens 20 % der Gelder aus der Ersten Säule anbietet. Dem stimmten allerdings nur 60 % der Ausschussmitglieder zu. Gefordert wurde zudem im Zuge einer weiteren Abstimmung ein Ausbau der Marktsicherung, im Einzelnen mehr Mengenreduzierungsprogramme in Krisenzeiten.
EU-Nachrichten 1 und 4

Landhandel und Futtermittelindustrie warnen vor Überreglementierung

Augenmaß bei der Reglementierung des Agrarsektors haben der Deutsche Verband Tiernahrung (DVT) und der Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft (BVA) angemahnt. DVT-Präsident Jan Lahde und BVA-Präsident Rainer Schuler sind besorgt, was die möglichen Folgen einer erneuten Verschärfung der Düngeverordnung angeht. Beide rechnen bei anhaltendem politischen Druck mit einem beschleunigten Strukturwandel. Lahde und Schuler forderten verlässlichere und praxisnahe Rahmenbedingungen. Unterdessen ist die deutsche Mischfutterproduktion 2018 laut DVT vor allem wegen kleinerer Tierbestände um 2,1 % auf 23,84 Mio t gesunken.
Länderberichte 1 und Markt + Meinung 8

Klößner sucht den Düngekompromiss

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klößner sucht kurzfristig nach einem Kompromiss in der innenpolitischen Auseinandersetzung um eine von der EU-Kommission geforderte erneute Verschärfung der Düngeverordnung. Man müsse gewährleisten, dass die Regelungsvorschläge der Bundesregierung das parlamentarische Verfahren erfolgreich durchlaufen, heißt es in Klößners Einladungsschreiben für ein Spitzengespräch zur Düngepolitik mit Vertretern der Bundes- und Landespolitik sowie von Verbänden an diesem Montag in Berlin. Die Ministerin erwartet Vorschläge zu zentralen Streitpunkten wie der Brüsseler Forderung nach einem 20-prozentigen Abschlag bei der Stickstoffdüngung in nitratbelasteten Gebieten. Laut Klößner hat die Kommission inzwischen zu erkennen gegeben, dass sie offen sei für Vorschläge, die zu gleichwertigen Verbesserungen bei den Gewässerbelastungen führen. Insbesondere aus den Unionsparteien hatte es zuvor massiven Druck gegeben, den Brüsseler Forderungen nach schärferen Düngeeregeln nicht ohne weiteres nachzukommen. Agrarpolitiker von CDU und CSU forderten mehr Zeit für die Umsetzung strengerer Düngevorgaben. DBV-Präsident Joachim Rukwied verlangte ein gesetzgeberisches Moratorium für die laufende Umsetzungsphase des Düngerechts. Gemeinsam mit ihrer nordrhein-westfälischen Amtskollegin Ursula Heinen-Esser legte Klößner ein 7-Punkte-Programm zur Unterstützung der Betriebe angesichts zu erwartender steigender Anforderungen an die Düngung vor. In Münster brachten rund 6 000 Landwirte bei einer Kundgebung ihren Unmut über die Brüsseler Forderungen zum Ausdruck.
Länderberichte 25 und 27